Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : naht das Verhängnis? ; Noch ist es Zeit ; Westliches Zögern ; Die Waffen nieder! ; Vom Moskauer Parteitag ; Und Amerika? ; Dennoch!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140615

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BUCHBESPRECHUNG

Biblische Welt. Text von *Hans Wildberger*, Farbenphotographien von *Michael* und *Luzzi Wolgensinger*. Silva-Verlag, Zürich.

In kaum einem Bibelleser steigt nicht immer wieder der Wunsch auf, eine lebendige Anschauung von der ganzen Natur- und Kulturwelt zu gewinnen, in der sich die Erzählungen des Alten wie des Neuen Testaments, die Geschichte Israels, Jesu und der Apostel abgespielt haben. Und da es den allermeisten von ihnen nicht vergönnt ist, das «heilige Land» selbst zu schauen, da sie gemeinhin auch nicht genügend in Geschichte und Altertumskunde beschlagen sind, um auch die rein menschlichen Gegebenheiten und Zusammenhänge der biblischen Ereignisse zu verstehen, so haben sie jetzt in dem hier angezeigten Werk eine vielleicht einzigartige Gelegenheit, das ihnen Fehlende zu erwerben. Professor Wildberger, der Zürcher Alttestamentler, erzählt in 27 Abschnitten knapp und fesselnd die ganze biblische Geschichte von Abraham bis Jesus und Paulus, die er immer in den zugehörigen allgemeingeschichtlichen, volkskundlichen und kulturellen Rahmen hineinstellt. Ohne unnötige Gelehrsamkeit macht er uns mit dem neuesten Stand der Forschung bekannt, nicht zuletzt auch auf Grund der Ausgrabungen in den Ländern des Vorderen Ostens, die oft ein so überraschendes Licht auf die allvertrauten Erzählungen der Bibel werfen. Und immer ist das geschriebene Wort des Sachkenners begleitet von zusammen fast hundert teilweise ganzseitigen Photographien, die in ihrer künstlerischen Vollendung, ihrer Farbigkeit und ihrer Vielseitigkeit ein wundervolles Bild von Land und Leuten in Palästina und seinen Nachbargebieten geben. Michael und Luzzi Wolgensinger haben auf ihrer Erkundungsreise keine Mühseligkeit gescheut, um uns die Gegenwart und die erfaßbare Vergangenheit der in Jahrtausenden so wenig veränderten Natur- und Kulturlandschaft des Nahen Orients eindrucksvoll vor Augen zu führen.

Das so entstandene Buch ist ein köstlicher Besitz für alle, denen es in die Hände gelegt wird. Es eignet sich darum wie wenig andere Gaben vorzüglich auch zum Geschenk auf Weihnachten, das Jungen und Alten, Gelehrten und Ungelehrten dauernde Freude machen kann. H. K.

WELTRUNDSCHAU

Naht das Verhängnis? Wir treiben langsam vielleicht, aber unheimlich sicher dem Niagaraschlund eines dritten Weltkriegs entgegen. Schon standen sich letzthin in Berlin, nur wenige Meter von einander getrennt, amerikanische und sowjetische Panzerwagen schußbereit gegenüber — einzig weil sich die Amerikaner, anders als die Engländer, weigerten, die Ausweise ihrer Zivilbeamten durch die ostdeutsche Verkehrspolizei einsehen zu lassen statt durch die sowjetische Militärpolizei. Für die Vereinigten Staaten gibt es eben eine Deutsche Demokratische Republik ebensowenig wie eine Chinesische Volksrepublik. Die kleinliche Streitfrage ist vorläufig durch einen der üblichen Kompromisse gelöst worden; aber inzwischen versteiften sich beide Lager in den größeren Fragen — Stellung

Westberlins, westdeutsche Kriegsrüstung, neutrale Zone in Mitteleuropa usw. — auf eine «kompromißlose» Haltung, die nur noch eine militärische Kraftprobe übrig zu lassen droht.

Die Amerikaner rühmen sich, Kernwaffen zu besitzen, die denjenigen der Sowjets klar überlegen seien und — nach «US News & World Report» — innert 24 Stunden 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion vernichten könnten. Es genüge, auf einen Knopf zu drücken, damit 200 Ferngeschosse mit Wasserstoff-Sprengköpfen nach im voraus bestimmten Zielen in der Sowjetunion gelenkt werden könnten. Die amerikanischen Marineflugzeuge überträfen schon zahlenmäßig die schweren sowjetischen Bomber. 80 Polaris-Fernwaffen befänden sich abschußbereit an Bord von Atomunterseebooten. 1700 Bomber und 2000 Jagdflugzeuge seien auf Stützpunkte rings um die Sowjetunion verteilt. Und so fort. Mit Eifer setzt namentlich auch die westdeutsche Republik ihre militärischen Vorbereitungen fort. Die Bundeswehr werde, so heißt es, in Kürze 420 000 Mann umfassen; das erste einer Reihe von elf Unterseebooten ist erst vor wenigen Tagen in Dienst gestellt worden, und daß Herr Strauß endlich auch seine Atomsprengköpfe für die Ferngeschosse bekommt, die er bereits hat, das ist nur mehr eine Frage der Zeit.

Die Antwort der Sowjetunion ist von gleichem Kaliber. Marschall Malinowski erklärte am 22. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die atomare wie die konventionelle Rüstung der sowjetischen Streitkräfte auf dem Land, in der Luft und auf wie unter dem Wasser sei vollkommen erneuert und auf die modernste Höhe gebracht worden; sogar das Problem der Zerstörung fliegender Raketen sei gelöst. Trotz den Zehntausenden amerikanischer Atombomben sei die Sowjetunion weniger verwundbar als der dichter besiedelte Westen; ein neuer Krieg werde auf jeden Fall den Untergang des Kapitalismus bringen . . .

Die «Krönung» der sowjetischen Rüstungen stellt natürlich die *Erprobung einer Riesenbombe* von über 50 Megatonnen dar, die als Abschluß einer langen Versuchsreihe am 30. Oktober vorgenommen wurde. Schon die Ankündigung dieses Versuchs und noch mehr seine Durchführung hat eine außerordentlich heftige weltweite Protestbewegung entfacht, so daß man meinen könnte, der ganze Westen sei nunmehr ins Lager der grundsätzlichen Gegner der Anwendung von Kernwaffen und damit *aller* Kriegsrüstungen abgeschwenkt; denn ohne Kernwaffen ist ein Krieg heutzutage überhaupt nicht mehr denkbar. Aber nein — die Großzahl der Urheber und Mitläufer der Protestbewegung empörte sich ja nicht darüber, daß der Wettlauf nach der vollkommenen Atombombe *an und für sich* offen wieder aufgenommen wurde, sondern darüber, daß sich auch die *Russen* wieder daran beteiligten, die vor drei Jahren freiwillig darauf verzichtet hatten, also sich nicht endgültig mit dem Vorsprung der Amerikaner abfinden wollten. *Das* ist der entscheidende Grund der «sittlichen»

Entrüstung, der sich die Anhänger einer «Politik der Stärke» gegenüber den gott- und ruchlosen Kommunisten hingaben. Welch unbezahlbare Gelegenheit bot sich doch hier der «freien Welt», die eigene Gerechtigkeit ins hellste Licht zu stellen und die Verworfenheit eines «barbarischen Diktators» zu beweisen, «der glaubt, er könne mit seinem tödlichen Knallen freie Menschen in Zittern versetzen», wie die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 4070) schrieb, und der, wie Mr. Kennedy sich ausdrückte, «die Welt terrorisieren» wolle, «um die friedliebenden Menschen zu zwingen, sich jeder sowjetischen Forderung zu beugen».

Das ist, mit allem Respekt gesagt, eine bodenlose Heuchelei, eine über das gewohnte Maß weit hinausgehende Verhetzung der Völker. Ich brauche hier gewiß nicht zu versichern, daß ich die neuesten sowjetischen Kernwaffenversuche und besonders die Entladung der Riesenbombe von Nowaja Semlja für ganz verkehrt halte und ihnen genau die gegenteilige Wirkung von derjenigen zuschreibe, die ihre Verteidiger erwarten: die vielleicht verhängnisvolle Vermehrung der Kriegsgefahr anstatt der Abschreckung des Gegners — nicht zu reden von der unverantwortlichen Schädigung von Gesundheit und Leben der Menschen durch die radioaktive Verseuchung der Luft, des Wassers und der Nahrung. Aber der «New Statesman» hat eben doch nur allzusehr recht, wenn er (am 27. Oktober) feststellt, daß die *amerikanischen* Kernwaffenversuche im Stillen Ozean «auf kurze Frist einen weit unmittelbareren Einfluß auf die menschliche Gesundheit hatten» als die sibirischen Versuche der Sowjetunion, die nur die Antwort auf die amerikanischen Explosionen waren. «Man hat zu leicht vergessen, daß amerikanische Megaton-Versuche im Jahr 1954 heiße Asche auf die Mannschaft des japanischen Fischerboots ‚Glücklicher Drache' regnen ließen, deren Mitglieder alle schwer erkrankten und von der ein Mann sogar starb. Die 1824 Seiten der ‚Untersuchung über Wirkungen und Einflüsse der Versuchsexplosionen mit Kernbomben' — lauter amerikanischen Bomben — lesen sich wie das Zeugenverhör in einem Mordprozeß.» Die Bemühungen der Vereinigten Staaten, die gesundheitsschädigenden Wirkungen ihrer Kernwaffenversuche zu verharmlosen, seien ebenso verächtlich gewesen wie die entsprechende Haltung der britischen Regierung, die «aus Halbwahrheiten, Ausflüchten und nun aus häßlichem Pharisäertum» bestehe. «Als Frankreich seine Versuche in der Luft begann, in hochmütiger Mißachtung der Einstellung der Versuche durch die anderen Mächte, äußerte Macmillan keine Silbe von Verurteilung. Aber jetzt, da Rußland an der Reihe ist, auf die Angeklagtenbank zu kommen, da ist es Mr. Watkinson (der britische Kriegsminister), der, von seinem Chef ausgesucht, um die Rolle Uriah Heeps zu spielen (einer widerlichen Heuchlergestalt in ‚David Copperfield' von Dickens. H. K.), in Entrüstung seine Augen rollt und voller Mitleid von ungeborenen Kleinkindern und Säuglingen redet.»

Noch ist es Zeit Wirklich, gegenüber all den Kernwaffenexplosionen, die die Westmächte vorgenommen haben, angefangen mit dem Riesenverbrechen von Hiroshima und Nagasaki (über 200 000 Tote) bis hin zu den Saharaversuchen, hat die ach, so «freie» Welt nicht den zehnten Teil der Entrüstung aufgebracht, die sie jetzt über die *russischen* Versuche ausschüttet. Dafür hat sie alle Anstrengungen, die seit dem Stockholmer Aufruf von sowjetischer wie von nichtkommunistischer Seite gemacht wurden, um dem atomaren Wettrüsten ein radikales Ende zu bereiten, unter Hohn und Spott als tückische Manöver abgetan, die nur dazu bestimmt seien, den Westen wehrlos zu machen und der bolschewistischen Welteroberung freie Bahn zu schaffen. Kann man sich da im geringsten wundern, wenn die Sowjetregierung den Glauben an den guten Willen der Westmächte verloren hat und unter dem Druck ihrer Militärs die Jagd nach der vollkommenen Kernwaffe ebenfalls wieder aufnimmt, in der westmächtlichen Protestbewegung aber nur den Versuch sehen will, der Sowjetunion in den Arm zu fallen, damit sie den Vorsprung der Vereinigten Staaten in der atomaren Kriegsrüstung nicht etwas verkleinern könne?

Die Westmächte hatten bis zum Ende der Stillhaltezeit tatsächlich 194 Versuchsexplosionen durchgeführt (Vereinigte Staaten 169, Großbritannien 21, Frankreich 4) gegen nur 55 der Sowjetunion. Wenn die Russen vor drei Jahren trotzdem ihre Versuche einstellten, so ausgesprochen in der Erwartung, die Einstellung der Versuche gebe ihnen Zeit, von den Westmächten den Verzicht auf die weitere Aufrüstung Westdeutschlands zu erlangen und darüber hinaus die allgemeine Abrüstung vorzubereiten. Wenn dieses Ziel erreicht worden wäre, hätte die sowjetische Unterlegenheit auf dem Gebiete der Kernwaffen mehr und mehr an Bedeutung verloren und die Gefahr eines Atomkrieges wäre entscheidend verringert worden. In Wirklichkeit verlief die Entwicklung ganz anders. Die Westmächte verschärften im Anschluß an die gescheiterte Pariser Gipfelkonferenz den Kalten Krieg noch weiter; sie förderten die eigene und die westdeutsche Aufrüstung noch tatkräftiger als bisher; Frankreich legte sich eigene Atombomben zu — kurz, die ganze Voraussetzung für die Einstellung der sowjetischen Versuche fiel Stück für Stück dahin. Die Frage war also: Sollte die Sowjetunion ihren atomaren Rückstand endgültig hinnehmen, oder sollte sie versuchen, den Vereinigten Staaten in der Kernwaffenrüstung ein wenig näherzukommen? *Wir* halten die Entscheidung, die Moskau getroffen hat, für falsch und haben als grundsätzliche Gegner der atomaren und konventionellen Kriegsvorbereitungen ein Recht dazu. Aber haben auch die Westmächte und ihre Parteigänger das Recht, von der Sowjetunion zu verlangen, daß sie militär-technisch im Rückstand bleibe?*

* Präsident Kennedy hat am 2. November neuerdings erklärt, die Vereinigten Staaten würden «alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um auf dem Gebiet der

Auch schon die Haltung der Sowjetvertreter an der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche erklärt sich durch technische Erwägungen, wenn sie sich auch nicht rechtfertigt. Professor Ralph Lapp, der bekannte amerikanische Atomwissenschaftler, macht übrigens in der Septemberausgabe 1961 der Zeitschrift der Atomforscher darauf aufmerksam, daß auch die amerikanischen Spionageflüge über der Sowjetunion zum Scheitern der Genfer Verhandlungen beigetragen haben. «Die Geheimhaltung der sowjetischen strategischen Stützpunkte», so schreibt er, «war für die Russen ein gewaltiger Vorteil und muß dem Kreml ein Gefühl der Sicherheit gegeben haben. Diese Sicherheitsstellung wurde durch die U-2-Angelegenheit weitgehend untergraben. Die Sowjetgeneräle mußten zum Schluß gekommen sein, daß ihre festen Abschußrampen für interkontinentale Lenkgeschosse bei einem amerikanischen Angriff oder vorbeugenden Krieg ein sehr verwundbares Ziel böten. Aus diesem Verlust an Sicherheit müssen sich dringende militärische Forderungen nach beweglichen interkontinentalen Raketen mit festem Antriebstoff ergeben haben; es müsse also — heißt das — ein leichterer und dennoch stärkerer Raketensprengkopf entwickelt werden. Diese Forderung der Militärs wiederum konnte nur zu verstärktem Druck zugunsten der Wiederaufnahme von Kernwaffenversuchen und Erprobung der verstärkten Geschosse führen.»

Das eine Gute wird vielleicht die im Westen aufgezogene Protestbewegung, die alle diese Zusammenhänge gänzlich mißachtet, doch haben, daß den Völkern die tödliche Gefahr, in der sie angesichts des atomaren Wettrüstens schweben, stärker zum Bewußtsein gekommen ist als bisher. Sie würde sich gegen ihre Urheber und Förderer selbst kehren, wenn sie auch die angekündigten neuen Kernwaffenversuche der Vereinigten Staaten aufs Korn nähme und so dazu beitrüge, daß in den Regierungen der Westmächte der Wille gestärkt würde, es über Berlin und die deutsche Frage um keinen Preis zum Krieg kommen zu lassen. Noch wäre es Zeit, diesem Willen die Tat folgen zu lassen — aber es müßte nun wirklich rasch geschehen!

Westliches Zögern Gerade jetzt sieht es freilich gar nicht darnach aus, daß es den Westmächten mit Verhandlungen über eine friedliche Lösung der großen Streitfragen eile. Nach einer Meldung vom 1. November haben die Regierungen von Washington, London, Bonn und Paris vielmehr beschlossen, alle «Sondierungen» zur Vorbereitung solcher Verhandlungen zu *verschieben*. Als Grund wird angegeben, daß sich die sowjetische Haltung in der Berlin-

---

Kernwaffen an der Spitze zu bleiben. Wir werden diesen Vorsprung (gegenüber der Sowjetunion) nicht verkleinern lassen.» Mit welchem Recht will man es den Russen verwehren, ihrerseits «alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen», um wenigstens einigermaßen ihren Rückstand aufzuholen? Sollen sie ihre Unterlegenheit nach westmächtlicher Auffassung tatenlos hinnehmen?

frage versteift und verschärft habe, daß Moskau einen Feldzug zur Einschüchterung der nordischen Länder, zunächst besonders Finnlands, eröffnet habe, und daß die Sowjetunion ihre Kernwaffenversuche fortsetze. Das heißt also, daß sich der Standpunkt de Gaulles und Adenauers nun auch in Washington und London durchgesetzt hat. De Gaulle will ja von Verhandlungen mit Moskau überhaupt nichts wissen; er *braucht* die dauernde West-Ost-Spannung, um sich angesichts der verzweifelten Lage, in die er Frankreich gegenüber Algerien wie im Mutterland gebracht hat, notdürftig an der Macht zu halten. Die westdeutsche Regierung aber, die nicht von vornherein gegen Verhandlungen mit der Sowjetunion ist, lehnt jedes wesentliche Abrücken von ihrer «Politik der Stärke» derart schroff ab, daß man tatsächlich nicht sieht, wie da ein ersprießliches Gespräch mit den Russen zustandekommen soll. Keine Änderung des Zustandes in Westberlin; kein Verzicht auf westdeutsche Atomwaffen; keine Neutralisierung der mitteleuropäischen Länder; keine Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik; keine Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze — das ist ihr «unerschütterlicher» Standpunkt. Und dafür scheint sie jetzt auch Kennedy und Macmillan gewonnen zu haben. In Bonn arbeitet man ja seit Jahr und Tag mit der kaum versteckten Drohung, es einmal mit einer westdeutsch-sowjetischen Verständigung nach dem Muster des Hitler-Stalin-Paktes zu versuchen, falls Amerika Miene machen sollte, sich auf Kosten der Bundesrepublik mit der Sowjetunion ins Einvernehmen zu setzen. Und da man in Washington immer ein wenig den Absprung Bonns fürchtet, ist man sehr bemüht, durch immer neues Nachgeben gegenüber den westdeutschen Forderungen einen allfälligen Umsturz des ganzen bisherigen Bündnissystems zu vermeiden. Wahrscheinlich will sich Adenauer bei seinem bevorstehenden Besuch in Washington wieder einmal versichern, daß Kennedy fest und treu zu Alldeutschland steht; es heißt sogar, er werde sich die Zustimmung zu wenigstens formellen «Verhandlungen» mit Moskau (bei denen sowieso nichts herauskäme) um den Preis abkaufen lassen, daß die westdeutsche Armee auch die atomaren Sprengköpfe zu den Raketenwaffen bekomme, die sie bereits hat. Um Westdeutschland bei der Stange zu halten und überhaupt Westeuropa der Gefahr einer Neutralisierung zu entziehen, betreiben die Vereinigten Staaten auch sehr eifrig den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit denjenigen der Europäischen Freihandelsvereinigung (EFTA); da sie dabei natürlich die Führung für sich selber beanspruchen, werden sie mit de Gaulle zusammenstoßen, der seinen eigenen Plan für einen westeuropäischen Staatenbund hartnäckig weiterverfolgt.

Daß auf dieser Linie kein friedliches Zusammenleben mit den Oststaaten möglich ist, leuchtet ein. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten *können* sich nicht mit einem ihnen feindlichen Westblock abfinden, in dem ein hochgerüstetes Westdeutschland die maßgebende

Rolle spielt. Sie *müssen* darauf bestehen, daß die ewige deutsche Gefahr endlich einmal aus der Welt geschafft wird. Und sie müssen zunächst namentlich die «Entrümpelung» Westberlins fordern, ist es doch auf die Länge ein ganz unmöglicher Zustand, daß eine Stadt, die mitten im Gebiet eines anderen Landes liegt, mit dem Aufgebot aller modernen Kampfmittel gegen dieses Land arbeitet und sein Regierungssystem zum Einsturz zu bringen sucht. Daß Westberlin nicht in der DDR aufgehen darf, darüber herrscht zwischen der Sowjetunion und den Westmächten grundsätzliches Einverständnis — aber die Selbstverwaltung Westberlins soll nicht dazu mißbraucht werden, die DDR zu unterhöhlen und einen bequemen Stützpunkt im Kampf gegen den Osten zu bieten!

Man sollte meinen, auf dieser Grundlage sei eine west-östliche Verständigung über Berlin nicht unmöglich, dies um so eher, als Westberlin nur immer lebensunfähiger wird, je länger die NATO-Staaten und die Bundesrepublik ihm ein *künstliches* «Frontstadt»-Dasein sichern wollen. Walter Lippman hat ganz recht, wenn er in der «New York Herald Tribune» (17. Oktober) schreibt: «Keinesfalls haben die Unnachgiebigen recht, wenn sie sich einbilden, es werde sich in Berlin nichts ändern, wenn über Berlin nicht verhandelt werde . . . Durch die Ablehnung von Verhandlungen kann man nicht die Lage wiederherstellen, wie sie vor dem 13. August bestand. Westberlin hat aufgehört, das Sinnbild der deutschen Wiedervereinigung im Sinne der Bonner Regierung zu sein. Es hat aufgehört, das westliche Schaufenster für Ostdeutschland zu sein, und es ist nicht mehr ein Stützpunkt für die Befreiung Ostdeutschlands. Wenn nicht durch Verhandlungen die Zukunft der halben Stadt gesichert wird, dann wird Westberlin ein verlassenes Schiff ohne Steuer sein, dessen Treibstoffvorrat zur Neige geht.»

Die Waffen nieder! In Westdeutschland weigert man sich freilich mit unglaublicher Verblendung, diese doch offen daliegende Tatsache mutig ins Auge zu fassen. Daran hat sich auch nach der Bildung der neuen Regierung nichts geändert, die als Koalition zwischen Christlichdemokraten und Freien Demokraten unter Ausschluß der Sozialdemokraten («Demokraten» sind sie ja alle, alle . . .) nach siebenwöchigem peinlichem Markten endlich zustandegekommen ist, mit dem schwer angeschlagenen Adenauer als Kanzler auf Abbruch. Wie könnte diese Regierung auch eine neue Politik einleiten, sind doch alle drei westdeutschen Parteien auf die berüchtigte «Politik der Stärke» festgelegt, die so elend Bankerott gemacht hat! «Es sind», wie Gerhard Gleißberg in der «Anderen Zeitung» (Hamburg, 2. November) bitter bemerkt, «Bankrotteure, die nicht abtreten wollen. Sie haben ihr Spiel um die Bildung einer ‚neuen' Regierung nicht zuletzt deshalb in die Länge gezogen, um es Kennedy schwer zu machen, Verhandlungen über die Berlin- und Deutschlandfrage ernst-

haft zu beginnen.» Die für die alte Politik Verantwortlichen *können* offenbar nicht ein Neues pflügen. «Sie wollen weiter regieren, bis alles in Scherben fällt.»

Das ist wohl richtig gesehen. Das Verhängnis ist nur, daß sich Amerika so willfährig vor den verfahrenen Bonner Karren spannen läßt. Aber nicht nur Westdeutschland, sondern auch Amerika müßte eben seine ganze Außenpolitik, die auf die Zerschlagung der kommunistischen Staaten gerichtet ist, entschlossen umstellen, wenn es auf Westberlin als vorgeschobenen Stützpunkt verzichten, die Abrüstung Westdeutschlands fordern, die DDR anerkennen und sich mit der Oder-Neiße-Grenze abfinden wollte. Bezeichnend für die bisherige und wohl auch künftige Grundhaltung der Vereinigten Staaten ist eine Erklärung, die die Amerikanische Luftwaffen-Vereinigung jüngst erlassen hat und in der es heißt: «Die sowjetischen Ziele sind ebenso bösartig wie unversöhnlich. Das Volk (gemeint ist das amerikanische) ist willens, dafür zu arbeiten und nötigenfalls zu kämpfen, daß der Kommunismus von der Weltbühne verschwindet. Die Auseinandersetzung muß aufgenommen werden.» Und an anderer Stelle: «Die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes kann nicht als nationales Ziel angenommen werden. Die Freiheit muß den Kommunismus begraben, oder sie wird von ihm begraben werden. Die vollständige Ausrottung des sowjetischen Systems muß unser Ziel sein.» Lord Bertrand Russell, der diese Erklärung im «New Statesman» anführt, bezeichnet sie als «das erschreckendste Schriftstück, das ich jemals gelesen habe»; es komme einem «Todesurteil über das Menschengeschlecht» gleich. Aber es gibt eben tatsächlich die Geistesverfassung wieder, die weithin in den Vereinigten Staaten herrscht und nicht nur — wie fast selbstverständlich — die Haltung der Militärs bestimmt, sondern auch die der Staatsführung. Die Überzeugung ist in Amerika ganz festgewurzelt, daß die Kriegsrüstung der Vereinigten Staaten, vor allem auch ihre Kernwaffenausrüstung, derjenigen der Sowjetunion eindeutig überlegen sei und daß gegebenen Falles Rußland einfach vernichtet werden könne, bevor es mehr als vielleicht 70 Millionen Amerikaner umgebracht habe. Natürlich möchte die Regierung und die hinter ihr stehende (und von ihr wiederum aufs stärkste beeinflußte) öffentliche Meinung einen Atomkrieg vermeiden — aber doch nicht um jeden Preis. Wenn es nach ihrer Auffassung gälte, um Berlins willen die Freiheit der Welt gegen den anstürmenden Kommunismus zu verteidigen, so würde sie einen Krieg ebenso entschlossen wagen, wie sie ihn um Koreas willen gewagt hat. Im schlimmsten Fall — sagt man sich — würden die Westmächte der Sowjetunion, die etwa in Berlin mit «konventionellen» Waffen angreifen würde, Waffen gleicher Art entgegensetzen und damit Moskau eine letzte Frist geben, um sich zu entscheiden, ob es auch einen Atomkrieg zu führen bereit sei.

Das ist zwar irrsinnig — aber alle verläßlichen Beobachter des amerikanischen Schauplatzes stimmen in der Feststellung überein, daß

dies wirklich die Rechnung ist, die man in den Vereinigten Staaten bis zu den höchsten Stellen hinauf im Blick auf eine Kriegsmöglichkeit anstellt. Und nicht viel anders dürfte man im sowjetisch-chinesischen Lager spekulieren. Auch die Sowjetregierung möchte selbstverständlich die unausdenkbaren Schrecken eines Atomkrieges vermeiden, aber wie die amerikanische Regierung will sie das nicht um jeden Preis — sonst brauchte sie ja keine Wehrmacht und keine Megatonnenbomben mehr. Sie setzt sich seit Jahren für eine vollständige und rasche Abrüstung und für einen friedlichen Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus-Kommunismus ein — aber sie ist jeden Tag bereit, ihr revolutionäres Aufbauwerk mit militärischer Gewalt zu verteidigen, falls es erneut vom Westen her angegriffen werden sollte. Das ist und bleibt auch in der Sowjetpolitik der große, schuldhafte Widerspruch: man erstrebt leidenschaftlich den Frieden, klammert sich aber immer noch an die alte Lüge, daß dem Frieden am besten durch Drohung mit dem Krieg gedient sei. Solange die Sowjetunion nicht mit dieser Lüge radikal bricht, ist ihre Friedenspolitik innerlich gebrochen und kann nicht als unbedingt folgerichtig und rückhaltlos aufrichtig anerkannt werden. Mag der Mangel an solcher Folgerichtigkeit und Aufrichtigkeit noch halbwegs verständlich gewesen sein, solange der Krieg noch immer als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gelten und gewagt werden konnte: im Zeitalter der atomaren Selbstmordwaffen, nach deren Anwendung es überhaupt keine Politik, weil gar keine Staaten mehr gäbe, ist er ebenso widersinnig wie unentschuldbar. Nur die Bereitschaft, endlich dem alten Ruf «Die Waffen nieder!» zu gehorchen und nötigenfalls auch durch einseitiges Handeln seine Kriegsrüstungen planmäßig zu vermindern, statt sie technisch immer mehr zu vervollkommnen, vermag fortan noch einem Staat die Glaubwürdigkeit seines Friedenswillens zu sichern. Und ein sich sozialistisch heißender Staat sollte diesen Weg mit noch viel größerer innerer Sicherheit beschreiten können als ein kapitalistischer, zu dessen Wesen ja Militärgewalt, Eroberung und Krieg gehören, wohingegen der sozialistische Staat seiner Natur nach auf eine friedliche Völkergemeinschaft ausgerichtet ist. Er hat es nicht nötig, seine Wirtschaft, die die Ausbeutung fremder Arbeit zum Zweck persönlichen Gewinnes abgeschafft hat, durch Beherrschung der Rohstoffquellen und Absatzmärkte anderer Völker in Gang zu halten und eine Rüstungsindustrie zu unterhalten, die dem privaten Bereicherungsstreben dient.

Vom Moskauer Parteitag So kann und muß auch die Außenpolitik der Sowjetunion auf die Sicherung des Friedens als Voraussetzung für ihr inneres Aufbauwerk gerichtet sein. Von dieser Notwendigkeit war besonders deutlich der jüngst in Moskau abgehaltene 22. *Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beherrscht.* In seinem Vordergrund stand das neue Programm für die Schaffung der materiellen und geistigen Grund-

lagen einer kommunistischen Gesellschaft. Ein ungeheuer ehrgeiziges Programm! Es setzt sich Ziele, die, wie Tullio Vecchietti als Beobachter des Parteitags im sozialistischen «Mondo Nuovo» (Rom, 5. 11. 61) schreibt, «sich zu schwindelnden Höhen erheben in bezug auf die industrielle und landwirtschaftliche Erzeugung, die sozialen und Gemeinschaftsdienste, auf Schule und Bildung und auf die Schaffung der dafür nötigen Stäbe ... Es handelt sich nicht nur darum, eine Beziehung zwischen Menschen und Kultur in einer Gesellschaft herzustellen, die sich von den bürgerlichen Rückständen befreit hat, sondern darum, dies in einer Gesellschaft zu tun, in der die Diktatur des Proletariats mit der Aufhebung der Klassen im Absterben begriffen ist. Es geht also darum, den kommunistischen Menschen in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung zu schaffen.»

Daß in diesem Abschnitt der gesellschaftlichen Revolution von so etwas wie Atomkrieg keine Rede sein kann, versteht sich von selbst. Damit gerät die Sowjetunion aber in einen gewissen Gegensatz zu der Volksrepublik *China*, die auf einer viel niedrigeren, etwa dem Rußland von 1930 vergleichbaren Stufe ihrer Entwicklung zum Sozialismus steht und sich auch mit ihren mehr als 600 Millionen Menschen für den Fall eines Atomkrieges für ungleich weniger verwundbar hält als die Sowjetunion. Aber Chruschtschew hat sich auch diesmal wieder mit seiner «Koexistenzpolitik» gegen die Chinesen ohne Mühe durchgesetzt und damit gleichsam Vollmacht vom Parteiparlament bekommen, seinen Weg weiterzugehen, an dessen Ausgangspunkt die Überzeugung steht, daß ein dritter Weltkrieg vermieden werden kann und muß. China, das wirtschaftlich so stark auf die Sowjetunion angewiesen ist, steht im kommunistischen Lager allein. Höchstens *Albanien* hält zu ihm, aber das kleine, wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebene Balkanland spielt ja weltpolitisch überhaupt keine Rolle. Und wenn es jetzt in Moskau dennoch die Zielscheibe heftiger Angriffe des großen Bruders gewesen ist, so gewiß nicht darum, weil die albanischen Kommunisten unter Enver Hodscha und Mehmet Schehu besonders eigensinnige «Stalinisten» wären; sie sind nur des Glaubens, daß einzig eine gewaltsam geförderte Industrialisierung ihrem Lande die staatliche Unabhängigkeit in der modernen Welt zu sichern vermöge, und verbitten sich jede Einmischung von außen in diesen Vorgang. Das reizt natürlich die Männer im Kreml; aber die Hauptursache ihres Zornes ist wohl der Umstand, daß sich das kommunistisch regierte Albanien, wie früher an Jugoslawien und an Stalin, so jetzt an China anlehnt. *Darum* die Verdammung und Verketzerung Albaniens am Moskauer Parteitag. Den Sack schlägt man, den Esel meint man ...

In den gleichen Zusammenhang gehören die ungewöhnlich scharfen Angriffe Chruschtschews und seiner Anhänger auf die «parteifeindliche» Gruppe um Molotow, Kaganowitsch, Malenkow, Bulganin und sogar Woroschilow, die Männer also, die nach der Abrechnung mit Stalin von 1956 als die alte Garde des rechtgläubigen Kommunismus

im Parteipräsidium eine Mehrheit gegen Chruschtschew zusammengebracht hatten und erst im Zentralkomitee geschlagen wurden. Durch neue Enthüllungen über ihre Vergangenheit bewirkte der Führer von heute, daß sich der Parteitag mit Schärfe von ihnen trennte und damit den Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit besiegelte. Ohne diesen endgültigen Bruch, so heißt es in der Begründung des Verdammungsurteils, wäre die ganze neue Politik der Sowjetregierung, eingeschlossen die Abrüstungs- und Verständigungspolitik auf internationaler Ebene, überhaupt nicht möglich gewesen; ihre Fortführung müsse durch die unwiderrufliche Kaltstellung der Verschwörer von 1957 ein für allemal gesichert werden.

Ja, die «Säuberung» machte nicht einmal vor dem toten Stalin selber Halt. Seine wohleinbalsamierte Leiche, die in den letzten Jahren auch jeder ausländische Besucher in der Gruft am Roten Platz friedlich neben Lenin ruhen sah (nicht zu reden von den Millionen Russen, die an ihr langsam und ergriffen vorbeizogen), wurde jetzt in unwürdiger Hast aus dem Nationalheiligtum fortgeschafft und irgendwo in einem Grab an der Kremlmauer versenkt. Ein peinliches, widerliches Schauspiel! Aber es sollte eben das Ende eines ganzen Zeitabschnitts versinnbildlichen, der in der Vorstellung der nichtkommunistischen Welt mit Krieg und Eroberungsplänen untrennbar verbunden schien. Man sieht, die *heutige* Sowjetregierung läßt sich die Glaubhaftmachung ihres Willens zu Frieden, Freiheit und Abrüstung etwas kosten!

Und Amerika! Von den *Vereinigten Staaten* kann man leider nicht das gleiche sagen. Von einer *neuen* Weltpolitik ist bei ihnen nichts zu bemerken — trotz dem Abtreten des unseligen John F. Dulles von der Bühne und der Einsetzung einer «demokratischen» Regierung unter Kennedy, die nur das Erbe der mit Mißerfolgen überhäuften Eisenhower-Regierung verwaltet. Der Hereinfall mit Kuba hätte zwar die öffentliche Meinung der Union aufrütteln können. «Das amerikanische Volk», so stellen Robert E. Light und Carl Marzani in ihrer Schrift «Kuba und der Geheimdienst» fest, «ist entsittlicht worden, weil es von seiner Regierung angelogen — beharrlich und planmäßig angelogen — wurde ... Es ist unsere tiefe Überzeugung, daß in den nächsten paar Jahren große politische Kämpfe in unserem Land stattfinden werden, um die amerikanische Außenpolitik dem Geheimdienst, der Militärführung, den Rüstungsfirmen und den politischen Scharfmachern zu entwinden.» Allein vorderhand läuft eben die alte Maschine ungehemmt weiter, nur mit etwas frischem Öl geschmiert. Wie bös das in Europa herauskommen kann, haben wir bei der Besprechung der deutschen Frage gezeigt. Aber auch in anderen Weltteilen ist von einer Wendung zum Guten keine Rede. Die mit soviel Hallo angekündigte «neue Politik» der Vereinigten Staaten gegenüber *Lateinamerika* ist jedenfalls mehr

Traum als Wirklichkeit. Schon die Voraussetzung der «Entwicklungshilfe» von zunächst einmal 500 Millionen Dollar, die die USA versprochen haben, daß nämlich die beteiligten Länder eine gleich große Summe selber aufzubringen hätten, steht gänzlich in der Luft. Aber was sind überhaupt 500 Millionen Dollar für sämtliche Staaten Lateinamerikas? Auf den Kopf der Bevölkerung trifft das ganze zweieinhalb Dollar. Für Uruguay zum Beispiel ergäbe es 7 Millionen Dollar. Durch die Senkung der Wollpreise aber hat Uruguay in einem einzigen Jahr viermal soviel bei seiner Ausfuhr verloren. Am Gefrierfleisch büßte Uruguay etwa zehn Millionen Dollar ein. Andere Länder verloren schwer durch den Preissturz an den Weltmärkten für Kaffee, Kakao, Zinn usw. Im ganzen entgingen auf diese Weise den lateinamerikanischen Ländern (großenteils zum Vorteil der Vereinigten Staaten) in einem einzigen Jahr gegen 1000 Millionen Dollar — das doppelte der ihnen zugedachten Entwicklungshilfe ihrer «Wohltäter». Begreiflich, daß man in Mittel- und Südamerika den Segnungen der nordamerikanischen Entwicklungshilfe etwas mißtrauisch entgegensieht. Der langjährige Präsident von Mexiko, Lazaro Cardenas, sagte sogar, er glaube überhaupt nicht an den Willen der Vereinigten Staaten, den unterentwickelten Ländern Lateinamerikas zu helfen, solange sie nicht ihre Haltung gegenüber Kuba änderten.

In *Ost- und Südostasien* haben jedenfalls die Hunderte von Dollarmillionen, die die Vereinigten Staaten als Wirtschafts- und Militärhilfe Ländern wie Südkorea, Laos, Siam und Südvietnam zukommen ließen, weder den Volkswohlstand heben noch das Vordringen des Kommunismus aufhalten können. Hören wir eine unverdächtige Stimme, die «US News & World Report» (9. Oktober 1961): «Laos und Südvietnam sind für die Kommunisten eine einzige Kampffront. Die beiden Länder liegen nebeneinander — ideal für die Zwecke der Kommunisten. Die Roten kämpften in Laos, bis sie die Tür zu Südvietnam aufstießen. Dann ‚bewilligten' sie Friedensgespräche . . . Waffen aus Rotchina und Truppen aus dem roten Nordvietnam strömen südwärts durch das von Rebellen besetzte Ostlaos. Kommunisten kämpfen in Bataillonsstärke innerhalb von Südvietnam. (Nach einer Reutermeldung vom 6. November stehen jetzt sogar fast 20 000 kommunistische Guerillakämpfer in Südvietnam. H. K.) Die amerikanischen Streitkräfte sind kampfbereit . . . Bisher erklärt allerdings die südvietnamesische Regierung, sie könne die kommunistischen Angriffe mit eigenen Kräften aufhalten. Aber die Vereinigten Staaten können jederzeit vor die Entscheidung gestellt werden, ‚zu kämpfen oder zu kapitulieren'.» Inzwischen hat Kambodscha, das sowohl an Laos als an Südvietnam grenzt, die diplomatischen Beziehungen mit Siam, diesem amerikanischen Satellitenstaat, abgebrochen und gedroht, sich auf die Seite der kommunistischen Länder zu stellen.

Über Korea sagt die erwähnte amerikanische Zeitschrift: «Kampffront Nr. 3 (nach Südostasien und Berlin) ist Korea. In diesem durch

den Krieg ausgebluteten Land stehen sich bereits amerikanische und kommunistische Truppen gegenüber. Hier ist kein wirklicher Frieden, kein Raum für Manöver. Die Vereinigten Staaten haben Kernwaffenträger in Korea und atomare Sprengköpfe nicht weit weg. Rotchina hat Horden von Bodentruppen bereitstehen, die abermals nach Korea einströmen können. Rußland hat soeben mit den nordkoreanischen Roten ein Militärbündnis abgeschlossen, das russische Truppen in einen koreanischen Krieg führen kann, was 1950 vermieden wurde. Wenn man in Korea wieder zu schießen beginnt, heißt es für die Vereinigten Staaten: Kämpfen oder kapitulieren.»

Zum gleichen Schluß kommt das Blatt in bezug auf Persien (Iran), wo der Reichtum der Oberklasse in so herausforderndem Gegensatz zur Bettelarmut der breiten Volksschichten steht, daß das Land schon bedenklich nahe an den Rand einer sozialen Revolution gekommen ist. «Starke Sowjettruppen», so behauptet «US News & World Report», «stehen nahe der persischen Grenze. Sowjetagenten reizen kurdische Stämme in Iran und Irak auf. Die Unruhe im Mittelosten, wo Syrien sich dem Zugriff Nassers zu entziehen sucht, läßt die sowjetische Bedrohung Persiens noch gefährlicher erscheinen. Um ungehindert in den Mittelosten eindringen und den Schutzgürtel Türkei-Iran-Pakistan durchbrechen zu können, hat Chruschtschew Iran bitter nötig.» Kapitulation oder Atomkrieg sei auch hier die Wahl, vor die Amerika gestellt werden könne. Wenn aber vorher die soziale Revolution wirklich ausbrechen sollte, dann wäre, wie amerikanische Beobachter schon jetzt voraussagen, Persien für die Vereinigten Staaten ohnehin verloren mit samt der Milliarde guter Dollars, die sie in das Land gesteckt hätten.

Kurz: wohin man auch schaut, überall droht der imperialistischen Machtpolitik der Vereinigten Staaten weiterhin nur Mißerfolg, ja offene Niederlage. Wenn sich Amerika nicht in den Krieg flüchten will, so bleibt ihm darum — sollte man vernünftigerweise annehmen — nichts anderes übrig als rasche Umkehr zu einer neuen Politik, die sich mit dem Dasein einer nichtkapitalistischen, ja sozialistisch-kommunistischen Welt wohl oder übel abfindet und die Hand zu Abrüstung und friedlichem Wettbewerb der gegensätzlichen Wirtschaftssysteme bietet. Aber wo sind die Zeichen, die eine solche Wendung ankündigen würden? Wo sind die Kräfte, die sie bewirken könnten?

Dennoch! Auf Westeuropa können wir für absehbare Zeit auch nicht zählen. Auf das Deutschland Adenauers schon gar nicht; aber auch die übrigen Verbündeten Amerikas geben wenig Anlaß zu Hoffnung. *Frankreich* vor allem, dessen algerischer Kolonialkrieg nun in sein achtes Jahr eingetreten ist, versinkt ja immer tiefer in den Sumpf einer unglaublich rohen Gewaltpolitik, die eine Schande für das «Vaterland der Menschenrechte» ist. Schon die blutige Unter-

drückung der Kundgebung muselmanischer Algerier in Paris vom 17. Oktober war nichts anderes als «eine neue Art Pogrom, den schwer bewaffnete Polizei gegen einen wehrlosen Teil der Zivilbevölkerung verübt hat», wie auch sehr wohlwollende Freunde Frankreichs feststellen mußten. Noch grausamer war die Pariser Straßenschlächterei vom 1. November, bei der Polizei und Militär mindestens hundert waffenlose Algerier ermordete, oft auf ganz tierische, den Verbrechen der berüchtigten Fallschirmer in Algerien nachgemachte Art. Französische Journalisten, die nachher bei dem Propagandaminister Frey privat zusammensaßen, erklärten offen heraus, man erlebe jetzt «die fortschreitende Nazifizierung Frankreichs». Was ist von einem solchen Regime Gutes für die Welt zu erwarten? Und nirgends ein wirksamer, gesammelter Widerstand gegen das staatlich organisierte Verbrechertum!

England anderseits, wo Anständigkeit und Rechtlichkeit noch immer einen Platz haben, ist schon durch zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten in seinem weltpolitischen Auftreten gehindert; ob der Anschluß Großbritanniens an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und damit an die Hochkonjunktur auf dem Festland daran etwas zu ändern vermag, bleibt abzuwarten. Inzwischen ist dem als «weich» erachteten Macmillan von Bonn und Washington aus wieder der Rücken gesteift worden, so daß auch er die «Politik der Stärke und Festigkeit» gegenüber dem Sowjetlager bedingungslos mitzumachen bereit ist. Und die Labourbewegung opfert einer trügerischen Parteieinheit alle bessere Einsicht in die Notwendigkeit, sich der westdeutsch-amerikanischen Katastrophenpolitik entgegenzustemmen. Von der kläglichen Haltung der Sozialistischen Internationale, die kürzlich in Rom tagte — diesem Abklatsch der NATO —, braucht man überhaupt nicht weiter zu reden.

Von den *Vereinten Nationen* hätte man unter anderen Umständen vielleicht einen Beitrag zur Rettung des Friedens erwarten können. Aber obwohl der in ihrem Schoß laut gewordene Protest gegen die abscheuliche Rassenpolitik der Südafrikanischen Union gewisse Hoffnungen wecken könnte, verhindert doch die Doppelkrise, in der gegenwärtig die UNO steckt, vorerst jedes wirksame Eingreifen gegen die Atomkriegsgefahr. Im Kongo ist der Vorstoß der UNO-Streitkräfte gegen den abtrünnigen Katanga und seine europäischen Helfer durch den Waffenstillstand mit Tschombe zum Stehen gebracht worden, und auch die Streitkräfte der Zentralregierung haben bisher nicht mehr Erfolg im Kampf gegen die Sonderbündler gehabt. Die Lähmungserscheinungen am UNO-Körper aber, die der Tod Hammarskjölds hervorgerufen hat, sind durch die Wahl eines sehr mittelmäßigen Diplomaten, des Burmesen U Thant, zum vorläufigen Generalsekretär nicht behoben worden; der neue Mann wird schwerlich

neues Leben und neue Handlungsfähigkeit in das internationale Glashaus von Neuyork bringen.

Wenn man vollends an die wachsende ostlandfeindliche Stimmung in den Bevölkerungen Westeuropas denkt, besonders an die «Bombenhysterie», die sich in beschämenden Formen auch in unserer «friedliebenden» Schweiz austobt, dann mag man schon entschuldigt sein, wenn man düster in die nächste Zukunft schaut. Und dennoch verlieren wir den Mut nicht — gegen allen Augenschein. Man sagt jetzt gern, wir lebten in einer apokalyptischen Zeit, einer Zeit also, wie sie die Offenbarung an Johannes in so gewaltigen Bildern vorausverkündigt. Das darf gewiß auch so verstanden werden, daß sich jetzt zuerst die Lüge und das Böse noch furchtbarer als bisher enthüllen müssen, bis die Wahrheit von Gottes kommendem Friedensreich offenbar werden kann, in dem alle Tränen abgewischt sind und auch der Atomtod nicht mehr sein wird. Denn «siehe, ich mache alles neu!»

10. November *Hugo Kramer*

An unsere Abonnenten!

Wir möchten Ihnen den Gedanken nahelegen, auf Weihnachten Freunde oder Bekannte mit einem Abonnement 1962 der «Neuen Wege» zu beschenken. Gerne senden wir den Betreffenden das Dezemberheft 1961 zu, mit einer Geschenkkarte fürs Abonnement.

Schreiben Sie bitte an die Administration der «Neuen Wege», Manessestraße 8, Zürich 4, oder telephonieren Sie: (051) 23 11 36.